

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/52

17. März 1975

Strauß als Sozialpolitiker

Vom Ahlener zum Sonthofener Programm

Von Olaf Sund MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit
und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Liebeswerben ohne Liebe

Klarstellungen der Beziehungen der CDU/CSU zu den
Gewerkschaften

Von Kurt Vogelsang MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit
und Sozialordnung

Seite 3 / 40 Zeilen

Eine liberale Antwort

FDP-Landesparteitag charakterisiert treffend inneren
Zustand der Union

Seite 4 / 42 Zeilen

Die Glosse im SPD-Pressediens

Die Muttmehne im Bonner Parlament

Von Angela Grützmann MdB

Seite 5 und 6 / 43 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 06 85 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Strauß als Sozialpolitiker

Vom Ahlener zum Sonthofener Programm

Von Olaf Sund MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Wie immer Franz Josef Strauß, seine Helfer und Helferehlfar die Dinge jetzt auch drehen und wenden wollen, eines steht fest: Der CSU-Vorsitzende wurde durch die Veröffentlichung seiner Sonthofener Rede endgültig als ein Mann entlarvt, dem es einzig und allein darauf ankommt, durch Inflationierung, Arbeitslosigkeit und Zerrüttung der Staatsfinanzen einen "Sautall" anzurichten - den er dann ausmisten will. Straußens Sautall-Strategie weist erstaunliche Parallelen zu der der extremistischen Chaoten auf: Sie programmieren den "Schock im öffentlichen Bewußtsein". Es ist erschreckend, feststellen zu müssen, daß niemand aus der vermeintlichen Führungselite der Opposition bisher den Mut gefunden hat, Strauß entgegenzutreten. Darin wird einmal mehr deutlich, daß zwar einige CDU/CSU-Politiker von Kohl bis Carstens, von Kiep bis Ketzler auf der Bühne des Unions-Theaters wählerwirksame Stücke vorführen dürfen, daß es aber tatsächlich Strauß ist, der als Regisseur die entscheidenden Drähte zieht.

Vor allem die Arbeitnehmer in unserem Lande werden sich mit der Strauß-Strategie auseinandersetzen müssen. Dann wird nämlich für sie erkennbar werden, was Arbeitnehmer von der Union im besonderen auf gesellschaftspolitischem Gebiet zu erwarten haben: von einer Union, in der Strauß die Richtlinienkompetenz ausübt. Die Alternativlosigkeit wird zum politischen Programm erhoben. Statt auf politische Alternativen setzt Strauß auf die Emotionalisierung der Bevölkerung, auf Furcht, Angst, auf ein düsteres Zukunftsbild, auf allgemeine Konfrontation. Der CSU-Vorsitzende hat erneut klargestellt, wach ein geringer Stellenwert der Sozial- und Gesellschaftspolitik innerhalb der Union beigegeben wird. Ein schlimmer Weg vom Ahlener zum Sonthofener Programm!

Für die Umschulungsmaßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes, von CDU und CSU mitbeschlossen, hat Strauß nur Sarkasmus übrig. Der Ver-

mögenepolitik, die auf eine Beteiligung breiter Schichten am Produktivvermögen in der Wirtschaft abzielt erteilt Strauß eine schroffe Absage: "Eine der dümsten Vorstellungen, die man haben kann, den Arbeitnehmer am Produktivkapital unbedingt beteiligen zu müssen." Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer wird von Strauß unter den Tisch gekehrt. Das sogenannte Erziehungsgehalt, von der CDU mit viel propagandistischem Aufwand aus der Taufe gehoben, trifft ebenfalls auf den entschiedenen Widerstand des CSU-Vorsitzenden. Das gilt auch für den angeblichen Plan der Union, eine sogenannte Partnerrente schaffen zu wollen. Man weiß also, was man davon zu halten hat, wenn die Opposition sozialpolitische Vorschläge unterbreitet: Den Wählern soll lediglich Sand in die Augen gestreut werden.

Alternativen auf wichtigen sozialpolitischen Gebieten soll die Union in jedem Falle schuldig bleiben. Dazu Strauß: "Ich will überhaupt nicht im Kleinen sagen, was wir uns vorstellen mit der Krankenhausfinanzierung, mit der Berufsausbildung, mit der Sanierung der öffentlich-rechtlichen Krankenkassen." Die Opposition dürfe ihre Warnungen und ihr Nein nur pauschal aussprechen, damit die Krise größer werde. Strauß stellt die Fakten auf den Kopf, um schneller zu seiner Krise zu kommen. Er spricht von Rentenversicherungsträgern, die in Milliarden-Defiziten dahinschlichen. Wenn es seiner Chaotisierungsstrategie diene, verkehrt der ehemalige Bundesfinanzminister Überschüsse in Defizite.

Vor dem Hintergrund von Straußens Sonthofener Philippika lassen sich die verschiedenen Aktionen der Opposition, mit denen Arbeitnehmern und Rentnern eingelempft werden soll, daß das System der sozialen Sicherung vor dem Zusammenbruch stünde, in den rechten Rahmen einordnen: Die Opposition hat sich längst der Strategie ihres bayrischen Bevormunders unterworfen.

(-/17.3.1975/bgy/ben)

+ + +

Liebeswerben ohne Liebe

Klarstellungen der Beziehungen der CDU/CSU zu den Gewerkschaften

Von Kurt Vogelsang MdB

Stellv. Mitglied des Bundestageausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die deutschen Gewerkschaften sollten den Artikel des CDU-Abg. Dr. Ernst Müller-Hermann im CDU-Preesdienst nicht überlesen. Er macht nämlich deutlich, daß die "CDU den gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Mitbestimmung, Vermögensbildung und beruflichen Bildung im wesentlichen widerspricht". Wichtig ist diese Aussage wegen ihrer Klarstellung. Bisher hat nämlich die CDU immer versucht, den Eindruck zu erwecken, als unterstütze sie die Forderungen der Gewerkschaften um mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft und der beruflichen Bildung. Denn dies sind genau die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften an den Gesetzgeber.

Wer die Gewerkschaften nur als einen Tarifautomaten begreift, hat die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften nicht erkannt. Es klingt wie Hohn, wenn der CDU-Abg. Dr. Müller-Hermann schreibt, es gehe der Union darum, die Freiheit der Gewerkschaften bei der Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen und in der Tarifpolitik dauerhaft zu sichern. Wenn die Gewerkschaften Mitbestimmung und damit Mitverantwortung fordern, dann geht es hier um die Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen. Wer sich diesen Forderungen verschließt, dem steht es nicht gut an, von der Freiheit der Gewerkschaften bei der Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen zu sprechen.

Daß es bei der Mitbestimmung um eine Teilung der Macht geht, ist unbestritten. Wer aber vorgibt, nicht zulassen zu wollen, daß der Einfluß nur einer gesellschaftlichen Gruppe in Staat und Gesellschaft dominiert, muß für Mitbestimmung sein. Es geht dabei nicht um eine einseitige Machtverschiebung zugunsten der Gewerkschaften, sondern einseitige Machtstrukturen sollen geteilt werden.

Dies mag genügend beweisen, warum in den Gewerkschaften Zweifel an der Reformwilligkeit der CDU bestehen. Sie sehen eine gerade Linie: gegen Betriebsverfassungsgesetz, gegen Mitbestimmung in der Großindustrie, gegen Vermögensbildung der Arbeitnehmer und gegen Reform der beruflichen Bildung.

Man kann es da noch wundern, daß die Gewerkschaften den Parteien und Regierungen mehr Sympathien entgegenbringen, die den Anliegen der Gewerkschaften offener gegenüberstehen. Daraus wird noch keine massive Wahlhilfe für die SPD. Dazu eine kleine Lehre für Dr. Müller-Hermann: Die Gewerkschaften beschwören keine parteipolitische Neutralität, sie besetzen die parteipolitische Unabhängigkeit.

Es ist schon böswillig, wenn man den Gewerkschaften unterstellt, sie wollten die Basis in den Betrieben parteipolitisch manipulieren. Oder ist hier die stellv. DGB-Vorsitzende Maria Weber gemeint, die die Forderungen des DGB zur beruflichen Bildung engagiert vertritt, auch wenn sie damit in der CDU, der sie angehört, keine Unterstützung findet? Nein: Herr Dr. Müller-Hermann, Tritte in die Kniekehlen fördern das Liebeswerben nicht!

(-/17.3.1975/bqy/pr)

Eine liberale Antwort

FDP-Landesparteitag charakterisiert treffend
inneren Zustand der Union

Es gab bisher sicher nicht viele Landesparteitage der Liberalen, deren politische Aussagen in einem solchen Maße Artikulation bestimmender Meinungsströme in der Bevölkerung waren, wie jener der nordrhein-westfälischen FDP vom Wochenende. Mit ihren Feststellungen, der CSU-Vorsitzende Strauß sei ein "politisches Sicherheitsrisiko erster Ordnung" und die CDU, die es nicht wagt, sich von ihm zu distanzieren, ein "großer Unsicherheitsfaktor in der deutschen Politik" und somit für verantwortungsbewusste Menschen einfach nicht wählbar, haben die führenden Freien Demokraten keine überpointierten Wahlkampfparolen ausgegeben, sondern - wenn auch scharf formuliert - ein sachgerechtes Fazit des Agierens der Union gezogen, wie es seit Bekanntwerden des Straußschen Strategiepapiers besonders augenfällig wurde.

Es war logisch und konsequent für die Liberalen, angesichts der Entlarvung der C-Parteien die Koalitionszusage an die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen als richtige Entscheidung noch einmal demonstrativ zu bekräftigen. Der FDP-Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat eine sehr treffende Formel für die Situation der Liberalen in der Wahl am 4. Mai gefunden: Die CDU ist der "Gegner", die SPD der "Konkurrent". Faire Konkurrenz wäre überhaupt das beste Klima für die politischen Auseinandersetzungen der Parteien in einer Demokratie. Das setzt aber die vielbeschworene Solidarität der Demokraten voraus, die von dem führenden Mann der Union als "blüdes Zeug" bezeichnet wird. Die CDU/CSU gibt mit dem stillschweigenden Akzeptieren dieser Einstellung bewußt die Position des "Konkurrenten" zugunsten des "Gegners" auf. Insofern sind all die pointierten Äußerungen des Landesparteitages über die Qualität ihres inneren Zustandes de facto realistische Beschreibungen.

Mit einer anderen Partei zu konkurrieren schließt nicht aus, sondern selbstverständlich ein, daß es auch unterschiedliche Auffassungen gibt. So viele Varianten von Wegen und Zielen einer sozialen und liberalen Politik aber auch immer existieren, die totale Konfliktstrategie, das Geschäft mit der herbeigeredeten Krise können von ihr nicht toleriert werden. Sie gehören in das Instrumentarium einer Politik, die in allem genau das Gegenteil von sozial und liberal will. Die CDU, die mit Strauß paktiert, ist in der Tat "für verantwortungsbewusste Menschen einfach nicht wählbar".
(-/17.3.1975/sch/pr)

+ + +

Die Glossen im SPD-Pressedienst

Die Muttchens im Bonner Parlament

Von Angela Grützmann MdB

Nun hab' ich es schwarz auf weiß: Ich bin ein Muttchen. Die Aufklärung kam von einem Bonner Lokalblatt. Um Irrtümer gleich von vornherein zu vermeiden: gemeint ist nicht die Eintregung der Kinder im Paß. Biologisch stimmt das mit dem Muttchen. Was ich aber bislang nicht wußte, war die dort getroffene Feststellung, daß fast alle Frauen im Parlament mit ihrem Modeverständnis so hinterm Mond seien. Anlaß für die Aufklärung war die Einladung zu einer Modenschau in der Parlamentarischen Gesellschaft. Geladen waren Bonner Damen, deren Herren in hohem Range Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten. Der Aschenputtel des Deutschen Bundestages erbarmte man sich ebenfalls, bat sie dazu. Denn, so die Feststellung in der Gazette, wenn davon Damen, dann sind's nur zwei. Alle restlichen 33 liefen im Muttchenlook mit soliden Hausfrauenfetzen aus dem nächsten Warenhaus herum.

Der Vorwurf saß. Betroffen und Besserung lobend, ließ ich Arbeit, Arbeit sein und mischte mich unter die feinen Leute. Kam später und ging, unaufschiebbarer Termine wegen, früher. Doch was ich sah, waren meist hübsche tragbare Sachen zu manchmal annehmbaren Preisen. Auch die Auskunft, daß diese reizvollen Fummelchen alle in den gängigen Größen zu erhalten seien, trug zur Bewußtseinsänderung bei.

In der nächsten sitzungsfreien Woche war es soweit. Scheck in die Tasche, Motor an und auf in die Stadt. Hinein in die Schickeria-Läden

und heraus aus dem Muttchenlook! Schließlich ist es für eine Image-
Änderung nie zu spät. Aber ach, die Seifenblase zersprang schneller
als erwartet. Die Mannequins in der Parlamentarischen Gesellschaft
waren mit Figuren bedacht, die nicht einmal hinter einer Laterne
Schatten werfen. "Gängige, deutsch-normale" Größen hatten sie nicht.
Und ich wiederum war offensichtlich nicht als Elfe geplant. Der Vater,
enttäuscht, daß der Sohn eine Tochter ward, versuchte dennoch,
das Beste aus dem Kind zu machen. Trainierte es wenigstens sportlich.
Das stählte nicht nur den Geist, es formte auch die Kurven. Was
hilft es heute, wenn ich am Knäckebrötchen nage. Größe 44/46 muß her.
Da ist es aus mit dem Traum von fließenden Stoffen und Flatterkleidern.

Der Einkaufsbummel endete mit einer Flasche Sekt als Trost,
drei Kleiderstoffen und ebenso vielen Schnittmustern. Französische,
versteht sich. Am Wochenende rettete die Nähmaschine. Nicht aus
Geiz und Überfluß an Freizeit, sondern wegen mangelnden Chics in
den Geschäften. Ob sich der Muttchenlook in den Kleidergrößen jen-
seits von 42 je bei den Modeverantwortlichen herumapricht?

Eines aber steht fest: 35 Frauen im Deutschen Bundestag ver-
treten die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler, egal welcher
Kleider- und Anzugsgröße. Sie tragen dabei die politische Verant-
wortung mit dem gleichen Engagement und Charme, wie die Mannequins
die neue Sommermode.

(-/17.3.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Cleve Preller